

International

Die USA wollen ihre Gefängnisse leeren

Justizminister Eric Holder drängt darauf, die harten Strafen bei Drogenvergehen abzuschaffen. Nur auf diese Weise könnten die chronisch überfüllten Haftanstalten entlastet werden.

Von **Walter Niederberger, San Francisco**

Die Reform von US-Justizminister Eric Holder kommt einem Geständnis gleich: Der «Krieg gegen die Drogen», der seit gut 30 Jahren exemplarisch harte Strafen für Drogendelinquenten vorsieht, ist zu teuer und zu wenig wirksam. Fast die Hälfte aller Gefangenen in den staatlichen Haftanstalten sitzt wegen Drogendelikten ein. «Zu viele Amerikaner sind in einen brutalen Teufelskreis von Armut, Kriminalität und Inhaftierung geraten, der auch unsere Gemeinschaften schwächt», räumt Holder ein. «Zahlreiche Aspekte unseres Strafrechtssystems verschlimmern das Problem noch, statt es zu beheben.»

Die Adressaten der Reform sind die Staatsanwälte. Holder forderte sie gestern in einem Rundschreiben auf, bei ihren Strafanträgen künftig die Menge der beschlagnahmten Rauschmittel nicht mehr zu erwähnen. Damit soll vermieden werden, dass die Gerichte automatisch die drakonisch langen Strafen verhängen, die in den 80er-Jahren vom Kongress dafür beschlossen worden waren. Der Automatismus sieht vor, dass ein Drogensüchtiger oder ein Dealer je länger hinter Gitter kommt, je mehr Drogen beschlagnahmt wurden. So führt etwa eine Menge von 5 Kilo Kokain automatisch zu einer Haftstrafe von mindestens zehn Jahren. Die Gerichte haben keinen Ermessensspielraum und können etwa Alter oder familiäre Umstände des Täters nicht berücksichtigen. Exakt an diesem Punkt setzt Holder nun an. Er will Drogensüchtige und Dealer mit einer grösseren Nachsicht behandeln sehen, vorausgesetzt, sie gehören keiner Bande an und haben keine schweren Gewalttaten begangen.

Viele Wiederholungstäter

Holder's Direktive gilt für die von der Regierung betriebenen Gefängnisse, in denen rund 220 000 Verurteilte einsitzen. Knapp die Hälfte sind Drogendealer; und überdurchschnittlich viele sind Afroamerikaner (37 Prozent) und Latinos (34 Prozent). Armut und fehlende Arbeitsmöglichkeiten treiben viele von ihnen in den Drogenhandel und machen sie zu Wiederholungstätern. In den Bundesgefängnissen werden 40 Prozent der Täter rückfällig, in den Haftanstalten der Bundesstaaten sind es gar 60 Prozent. Obwohl die Zahl schwerer Gewalttaten so tief ist wie seit 40 Jahren nicht mehr, sind die Gefängnisse völlig überfüllt. Mittlerweile sind die USA das Land mit der grössten Gefängnispopulation der Welt.

Kritiker der Drogenpolitik sehen in der Reform einen ersten Schritt in Rich-



Manche Gefängnisse sind um bis zu 40 Prozent überbelegt: Haftanstalt in Tracy, Kalifornien. Foto: Christian Science Monitor, Getty Images

tung einer vermehrt auf Prävention und Erziehung angelegten Strategie. Holder habe gesehen, dass der «Krieg gegen die Drogen» gescheitert sei, sagt Tom Engell, Vorsitzender der Gruppe Marijuana Majority. «Was die Reform wirklich wert ist, zeigt sich aber erst beim Vollzug - und da sind wir skeptisch.» Die Skepsis rührt unter anderem daher, dass eine Reihe von Südstaaten - etwa Texas, Arkansas und Kentucky - bereits begonnen haben, Drogendelinquenten weniger hart anzufassen.

Dahinter steckt indessen nicht nur die Einsicht, dass Prävention und Drogenentzugsprogramme mehr Erfolg haben als drakonische Strafen. Die Südstaaten haben vielmehr wegen Budgetproblemen die Mittel für den Strafvollzug kürzen müssen und können entsprechend weniger Gefangene aufnehmen. Die Bundesgefängnisse haben 2010 mehr als 80 Milliarden Dollar verschlungen. Einzelne Anstalten sind um bis zu 40 Prozent überbelegt.

Holder kommt mit seiner Reform teilweise dem Kongress zuvor. Denn alle Versuche, das System aus den 80er-Jahren zu ändern, sind dort bislang geschei-



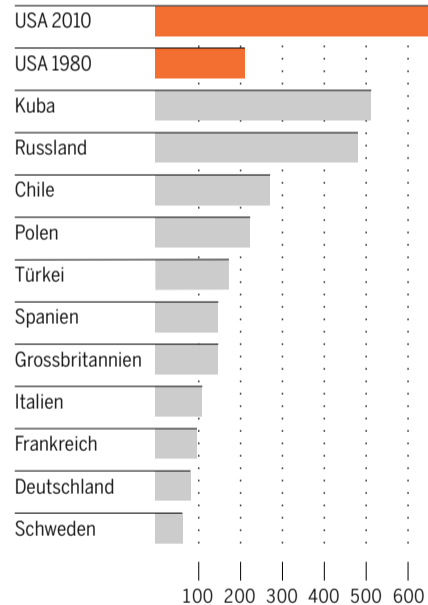
Eric Holder

Der heute 62-jährige Jurist ist seit 2009 Justizminister der USA. Er ist der erste Afroamerikaner in diesem Regierungsamt.

tert. Allerdings versucht eine Koalition von Politikern beider Parteien seit diesem Jahr, den zu teuren und wirkungslosen Strafvollzug für Drogendelinquenten anzupassen - unter ihnen Ex-Gouverneur Jeb Bush. Sie kritisieren neben den hohen Kosten auch die massive, rassistisch unterlegte Ungerechtigkeit des Vollzugs. So wird der Besitz von nur fünf Gramm Crack mit mindestens fünf Jahren Gefängnis bestraft. Dasselbe Mass gilt aber auch für Dealer mit 500 Gramm Kokain. Das Missverhältnis erhöht die Zahl der Inhaftierten aus ärmeren Schichten, weil dort Crack weit stärker verbreitet ist als Kokain, die Droge der Reichen und Prominenten.

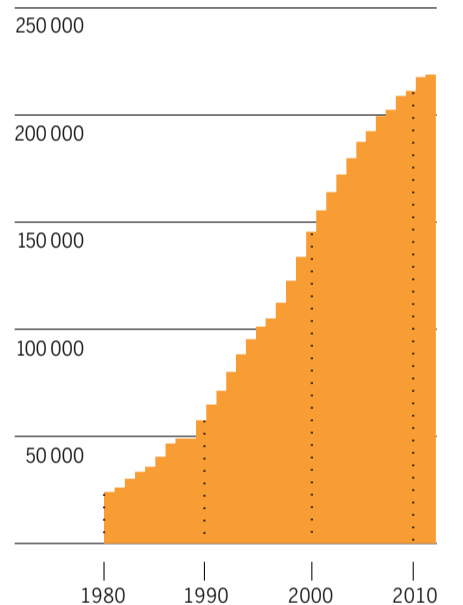
Hinter Gittern

Inhaftierte im Ländervergleich



TA-Grafik/Quelle: US-Kongress

Anzahl Gefangene in US-Bundesanstalten (ca. 10% der Inhaftierten)



Analyse Indien hat seinen ersten Flugzeugträger eingeweiht. Von *Arne Perras, Singapur*

Die asiatische Katze, die ein Tiger sein will

Ein Kätzchen sitzt auf einem Hocker und blickt interessiert in den Spiegel. Und was sieht es dort? Einen Bengalischen Tiger - grimmig, furchtlos und zu allem entschlossen! Dieses Bild hat die Zeitschrift «Economist» im Frühjahr auf seine Titelseite gesetzt und mit der Frage unterlegt: «Kann Indien eine Grossmacht werden?» Würde sich die Diskussion um die künftige Stärke Chinas drehen, käme kaum einer auf die Idee, ein Fragezeichen zu setzen. Die ganze Welt ist davon überzeugt, dass Pekings Macht weiter anwachsen wird.

Koloss aus Eigenproduktion

Aber wie steht es nun mit Indien, dem anderen asiatischen Milliardenvolk, das nach seiner Rolle sucht? Ist die Katze nur der eigenen Eitelkeit erlegen, der Tiger nur eine unerfüllbare Sehnsucht, ein Wunschtraum, eine Halluzination? Tatsächlich fällt es schwer, abzuschätzen, was die indische Nation in den kommenden Jahrzehnten noch alles aus sich machen wird. Zur Skepsis neigt, wer die Wirtschaft betrachtet - sie erinnert derzeit eher an einen lahmden Dickhäuter als an eine geschmeidige Grosskatze auf dem Sprung. Die Rupie schwächelt, und

auch sonst gibt die Ökonomie ein eher klägliches Bild ab.

Aber Indien hat viele Gesichter, und eines davon dürfte dem nationalen Stolz nun doch wieder einen Schub geben. Im südindischen Kochi wurde am Montag ein neuer Flugzeugträger feierlich zu Wasser gelassen. Noch ist der Koloss mit seinen 40 000 Tonnen nicht ganz fertig, er muss wieder ins Dock, bevor er 2018 die Marine verstärken soll. Der Bau der Vikrant hat sich verzögert, es gab immer wieder mäch-



Die Vikrant kostet Indien rund fünf Milliarden Dollar. Foto: EPA, Keystone

tige Probleme. Aber das Schiff ist eine indische Eigenproduktion. Mit ihr schliesst Delhi auf in den exklusiven Club der wenigen Nationen, die einen Flugzeugträger bauen können. Das wird die Sehnsucht nach nationaler Grösse mit befriedigen, das psychologische Moment ist nicht zu unterschätzen. Angeblich baut auch China nun an einem eigenen Modell, bislang hat Peking nur ein gekauftes sowjetisches Schiff für eigene Zwecke umgerüstet.

Grösster Waffenimporteur

Man mag darüber streiten, ob der bis zu fünf Milliarden Dollar teure Flugzeugträger vor allem ein Prestigeobjekt oder doch eine nützliche Investition in die Absicherung des grossen Landes ist. Indien jedenfalls rüstet auf, in den vergangenen fünf Jahren war Delhi der grösste Waffenimporteur der Welt. Und immer stärker rückt nun auch der Ozean ins Bewusstsein der Strategen. Die Flotte spielt eine wachsende Rolle, und das hat sicher nicht nur mit Prestige zu tun.

Erst am Samstag gab Delhi bekannt, dass sein erstes selbst gebautes Atom-U-Boot, die Arihant, zu den letzten Tests ausfahren kann. Indien will besser wachen über den Ozean, was kaum

überrascht angesichts der Geografie dieses Landes. Indiens Küsten sind fast genauso lang wie seine Grenzen auf dem Festland, die im Westen an den Erzfeind Pakistan stossen und im Norden an den anderen Riesen: China.

Delhi begegnet Peking mit wachsendem Argwohn, die Inder fürchten, dass sich die Chinesen zur asiatischen Hegemonialmacht entwickeln und Indiens Möglichkeiten beschneiden - oder sogar zur militärischen Bedrohung werden. Eine Milliarde Inder, von denen Hunderttausende erst noch aus der Armut kommen müssen, wollen mit Öl und Gas versorgt werden, doch die grossen Reserven strategischer Rohstoffe liegen jenseits der indischen Grenzen, das Land besitzt davon nur wenig. So gesehen ist es legitim, dass sich Delhi um die Absicherung seiner Nachschubrouten kümmert.

Gleichzeitig bedeutet der Ausbau der indischen Flotte aber auch, dass territoriale Konflikte, wie etwa jene im Südchinesischen Meer, an Dynamik gewinnen könnten. Schon jetzt hoffen kleinere südostasiatische Staaten im Streit mit Peking auf Rückhalt aus Delhi. Den Ausgleich zwischen China und Indien wird ein Flottenwettlauf aber kaum fördern.

Berlin plant einen Anti-Spionage-Pakt

Als Konsequenz aus der NSA-Abhöraffaire wollen Deutschland und die USA ein bislang beispielloses Anti-Spionage-Abkommen abschliessen. Damit soll zwischen beiden Ländern gegenseitiges Ausspionieren etwa auch in der Wirtschaft ausgeschlossen werden. Dies kündigte der für die Geheimdienste zuständige Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) am Montag nach einer Sitzung des Bundestagsgremiums zur Kontrolle der Dienste in Berlin an. Die Geheimdienste der USA und Grossbritanniens hätten inzwischen auch schriftlich versichert, sich an Recht und Gesetz in Deutschland zu halten.

Erste Kontakte zwischen dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem US-Geheimdienst National Security Agency (NSA) zu dem Anti-Spionage-Abkommen hätten bereits stattgefunden, sagte Pofalla. Eine solche Vereinbarung sei eine einmalige Chance, Standards für die künftige Arbeit der westlichen Geheimdienste zu setzen. Verhandlungen sollten noch in diesem Monat beginnen. Der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums und Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Thomas Oppermann, nannte das geplante «No-Spy»-Abkommen ein «gesichtswahrendes Zugeständnis der USA», dass offensichtlich eine Ausspähung europäischer oder deutsche Einrichtungen stattgefunden habe. (SDA)